

56

B U N D E S G E R I C H T S H O F

IX ZR 218/71

B e s c h l u ß

in der Entschädigungsache

1. Werner H. [REDACTED],
[REDACTED] A [REDACTED] P [REDACTED] Detroit, M [REDACTED], USA,

2. Elise Charlotte R [REDACTED] geb. E [REDACTED],
[REDACTED] des E [REDACTED], La R [REDACTED], L [REDACTED] / Schweiz,

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter zu 1: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -
- Prozeßbevollmächtigter zu 2: Rechtsanwalt Dr. [REDACTED],
[REDACTED] -

gegen

Land B e r l i n ,

vertreten durch den Senator für Inneres, 1 Berlin 31,
Fehrbelliner Platz 2,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der 17. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 12. April 1973 durch den Vorsitzenden Richter Hei und die Richter Wistenberg, Henkel, Fuchs und Portmann

beschlossen:

Die Beschwerde der Kläger gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 17. Zivilsenats des Kammergerichts vom 18. Dezember 1970 wird zurückgewiesen.

Das Beschwerdeverfahren ist gebühren- und auslagenfrei; die außergerichtlichen Kosten tragen die Kläger.

G r ü n d e

Ein Zulassungsgrund des § 219 Abs. 2 BRG liegt nicht vor.

Nach den Feststellungen des Tatrichters waren Leopold Sommerfeld, den die Kläger beerbt haben, und Georg S. bis zu dessen Tod am 21. März 1939 Gesellschafter der Firma Gebrüder S. oHG; zu diesem Zeitpunkt war Leopold S. als Einzelkaufmann Alleininhaber der Firma. Der Geschäftsbetrieb ruhte schon seit November 1938. Die Firma wurde 1941 gelöst. Leopold S. wurde deportiert. Er ist mit Wirkung vom 31. Dezember 1945 für tot erklärt worden. Den Anspruch auf Entschädigung des durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen der offenen Handelsgesellschaft in den

Jahren 1933 bis 1936 entstandenen Schadens lehnte das Berufungsgesicht ab, weil weder die geschädigte Gesellschaft bis zu ihrer Auflösung noch die Kläger am 31. Dezember 1952 eine räumliche Beziehung zum Geltungsbereich des BGG hatten.

Diese Vürdigung wirft keine Rechtsfrage vom grundsätzlicher Bedeutung auf und weicht auch nicht von der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ab.

Die Beschwerde der Kläger macht geltend, die Ansprüche, die bis zum Tode des Gesellschafters Georg [REDACTED] entstanden seien, seien auf den Erblasser der Kläger als Einzelkaufmann übergegangen. Deshalb könnten die Vorschriften des 3. Abschnitts des BGG keine Anwendung finden. Das trifft jedoch nicht zu. Die geltend gemachten Schäden sind nicht Leopold [REDACTED], sondern der offenen Handelsgesellschaft zugefügt worden. Schäden, die nicht natürliche Einzelpersonen, vielmehr juristische Personen, Anstalten oder Personenvereinigungen, insbesondere auch eine nichtrechtsfähige Handelsgesellschaft erlitten haben, werden nur unter den engen Voraussetzungen des 3. Abschnitts des BGG entschädigt. Das gilt auch dann, wenn nach Auflösung der geschädigten Gesellschaft ein Einzelkaufmann die Firma unter Übernahme ihres Vermögens weiterführt. Eine Entschädigung beabzweckt nicht daran, daß nach Eintritt des Schadens die Handelsgesellschaft aufgelöst worden ist und ihr Vermögen der Erblasser der Kläger als Einzelkaufmann übernommen hat. Sie kann deshalb nicht geführt werden, weil der Rechtsnachfolger und seine Rechtsnachfolger im Sinne des § 142 Abs. 2 BEG keinen Sitz im Geltungsbereich des BGG begründet haben.

Von den gesetzlichen Voraussetzungen des § 143 Nr. 3 BGO können die Gerichte die Rechtsnachfolger einer geschädigten und nicht mehr bestehenden Handelsgesellschaft nicht freistellen.

Mai

Fuchs